

Familie in der Krise

Mack, Elke: *Familien in der Krise. Lösungsvorschläge Christlicher Sozialethik (ta ethika, Bd. 1)*, München: Herbert Utz Verlag 2005, 106 S., ISBN 3-8316-0543-2

Dass sich die Familie in einer Krise befindet, wird von vielen Familienwissenschaftler/innen unterschiedlicher Disziplinen immer wieder gerne beschworen. In ihrer Monografie, die sich auf den zweiten Blick als Aufsatzsammlung entpuppt, sieht Elke Mack die Familie, genauer gesagt die klassische „Normalfamilie“, in einer Krise, weil in Deutschland immer weniger Kinder geboren werden. Mit diesem Phänomen sowie der Frage, wie eine christliche Familienethik angesichts dieser demografischen Entwicklung zu konzipieren ist, setzt sich die Autorin in ihren ersten drei Aufsätzen auseinander, die sich auch in einzelnen Textpassagen überschneiden. In ihrem vierten und letzten Beitrag thematisiert sie in Kontrast dazu die Rolle der Familie in den Entwicklungsländern vor dem Hintergrund der dortigen Bevölkerungsexplosion.

Als Gründe für die niedrige Geburtenrate in Deutschland nennt Mack in ihrem ersten, in Englisch verfassten Aufsatz *Demographic Threat to the Family from a Christian Point of View* u. a. ökonomische Risiken wie Arbeitslosigkeit oder Familienarmut sowie die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nach Mack bedroht die niedrige Geburtenrate aber nicht nur die traditionelle Familie, sondern auch die soziale Gerechtigkeit, da die sozialen Sicherungssysteme auf Kinder als zukünftige Beitragszahler/innen hin angelegt sind. Des Weiteren wirke sich eine niedrige Geburtenrate auch negativ auf die ökonomische Entwicklung Deutschlands aus.

In ihrem zweiten Beitrag *Familienförderung als familienökonomische, so-*

zialpolitische und entwicklungspsychologische Herausforderung geht Mack ausführlicher auf die strukturellen Handlungsbedingungen junger Paare ein und untersucht in Anlehnung an die Familienökonomie Gary S. Beckers, inwieweit die gegebenen sozioökonomischen Rahmenbedingungen positive oder negative Anreize für Kinder setzen. In diesem Kontext diskutiert sie ausgewählte familienpolitische Maßnahmen wie z. B. die steuerliche Freistellung des kindlichen Existenzminimums, Kinder- und Erziehungsgeld. Das Erziehungsgeld ist allerdings nicht, wie behauptet, an die Nichterwerbstätigkeit eines Partners geknüpft, sondern kann mit einer Teilzeiterwerbstätigkeit bis zu 30 Stunden wöchentlich verbunden werden. Neben der Bewertung existierender Strukturen als prinzipiell nicht kinderförderlich zeigt Mack darüber hinaus politische Maßnahmen auf, die einen Anreiz für Kinder schaffen können.

Die Fragen, welche spezifische Legitimation die „Normalfamilie“ angesichts der Pluralisierung der Lebensformen besitzt und inwieweit sich eine christliche Familienethik auf die Familiengründung und Kinderzahl erstrecken darf, stehen im Mittelpunkt des dritten Aufsatzes *Christliche Familienethik in einer Zeit gesellschaftlichen Wandels*. Nach Darlegung des christlichen Ehe- und Familienverständnisses kommt die Autorin zu dem Schluss, dass sich eine Familienethik nicht in persönliche Lebensentscheidungen junger Paare einmischen dürfe. Allerdings müsse eine Familienethik für gesellschaftliche und politische Strukturen eintreten, die junge Paare in der Realisierung ihres Kinderwunsches unterstützen.

In ihrem vierten und letzten Aufsatz *Globale Familienförderung als Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung*

der Weltgesellschaft setzt sich Mack ausgehend vom Prinzip der Nachhaltigkeit schließlich mit der Frage auseinander, wie in den Entwicklungsländern eine Bevölkerungsentwicklung gefördert werden kann, „die mit der Würde und Freiheit und dem Lebensrecht von Menschen in jeder Hinsicht vereinbar ist und zudem die Institution der Familie nicht gefährdet“ (93). Die Antwort auf diese Frage sieht Mack in der Stärkung der Menschenrechte für Frauen, da empirische Studien eine positive Korrelation zwischen dieser und einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung aufweisen.

Insgesamt ist es Mack mit ihrer Aufsatzsammlung gelungen, das derzeit in Deutschland stark diskutierte Thema der demografischen Entwicklung aufzugreifen und aus familienethischer Perspektive zu beleuchten. Dies ist insofern neu, als in der christlichen Sozialethik zumeist nur die mit der niedrigen Geburtenrate verbundenen Folgeprobleme diskutiert werden, nicht aber die Auswirkungen auf die Familie bzw. auf eine Familienethik selbst. Indem sie das Problem der niedrigen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland mit dem Problem der Überbevölkerung in den Entwicklungsländern kontrastiert, zeigt sie zugleich die Spannweite der mit der demografischen Entwicklung verbundenen Problematik auf. Kritisch anzumerken bleibt, dass sich der/die Lesende die Zielsetzung der Publikation sowie das thematische Verhältnis der einzelnen Beiträge zueinander selbst erschließen muss, da Mack ihren vier Aufsätzen keine Einleitung voranstellt. Eine solche wäre jedoch für die Rezeption des Gesamtwerks hilfreich gewesen.

Christiane Eckstein



 *Partizipation*

Gerhardt, Volker: *Partizipation. Das Prinzip der Politik*, München: C. H. Beck 2007, 507 S., ISBN 978-3-406-52888-0

Volker Gerhardt, Ordinarius für Praktische Philosophie an der Berliner Humboldt-Universität, geht seiner Profession nicht allein im akademischen Elfenbeinturm nach. Ganz im Sinne des Aristoteles strebt er nicht nur nach der Erforschung des ethisch Richtigen, sondern er arbeitet auch dafür, dass seine Forschungsergebnisse in politisches Handeln umgesetzt werden. Er tut das vor allem auf dem Gebiet der Biopolitik. Bis 2002 war er Vorsitzender der Kommission für die Förderinitiative Bioethik der DFG, seit 2001 ist er Mitglied des Nationalen Ethikrates. Er vertritt pointiert Positionen, die gegen manche herrschende moralische Überzeugung verstoßen und Widerspruch provozieren. Das betrifft etwa seine Befürwortung der embryonalen Stammzellforschung, der Präimplantationsdiagnostik oder der aktiven Sterbehilfe. Aber auch in anderen Fragen scheut er sich nicht vor Gegenwind. So begrüßte er 2003 den Angriff der Amerikaner auf den Irak und kritisierte scharf die gegen die US-Politik gebildete „Achse Paris – Berlin – Moskau“.

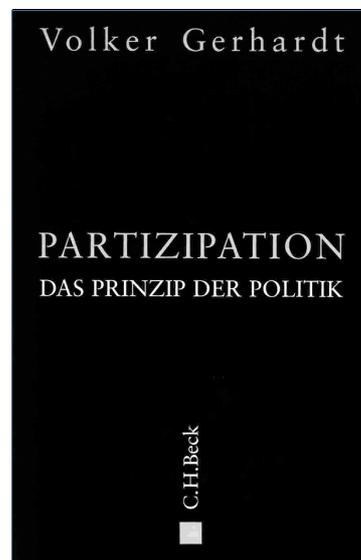
Da stellt sich die Frage: Was treibt den Mann? Ist er einfach ein Intellektueller, der dann und wann in jugenhafte Krawallstimmung gerät und akademische Auseinandersetzungen provozieren möchte? Oder fußen seine Standpunkte zu den unterschiedlichen aktuellen politischen Streitfragen in tieferen Überzeugungen des Philosophen? Antwort verspricht Gerhardts neu erschienene Studie, die im systematischen Zusammenhang mit zwei anderen seiner Arbeiten zu sehen ist: *Selbstbestimmung. Das Prinzip der Individualität* (1999) und *Individualität. Das Element der Welt* (2000).

Gerhardt lehnt die populäre Rede vom Primat der Politik ab, weil sie dem Irrtum eines ontologischen Vorranges des Politischen vor dem Individuellen

Vorschub leiste. Das Gegenteil jedoch ist für ihn der Fall; er zitiert die Senzenz, die im Einsteinjahr 2005 das Bundeskanzleramt zierte: „Der Mensch ist nicht für den Staat, der Staat ist für den Menschen da.“ In anderen Worten sieht er diesen Gedanken noch schärfer gefasst: „Das Individuum ist der Ursprung, der Grund, das Mittel und das Ziel der Politik“ (S. 68). Das atomisierte Individuum schwebt ihm dabei genauso wenig vor wie der Enzyklika *Mater et Magistra*, die bekanntlich den obersten Grundsatz der katholischen Soziallehre in ganz ähnlichen Worten formuliert. Gerhardt hält an der aristotelischen Rede vom Menschen als *zōon politikon* fest (vgl. S. 107).

Dass es neben den Einzelnen auch eine Sphäre des Sozialen gibt, die mehr ist als die bloße Summe der Beziehungen zwischen Individuen, ist freilich eine banale Feststellung, die lediglich von einigen radikalliberalen Esoterikern bestritten wird. Jede Sozialtheorie muss aber ein Bekenntnis ablegen, ob das Individuelle oder das Soziale ihr grundlegendes normatives Prinzip ist. Gerhardt bekennt sich eindeutig zu dem „Primat der Individualität“ (S. 193). Und von diesem aus definiert er die Aufgabe der Politik: Sie hat „den Einzelnen als Person zu schützen und zu fördern“ (S. 321).

Schutz und Förderung durch die Politik soll das Individuum allerdings nicht in Form paternalistischer Fremdbestimmung, sondern im Wege der Mitbestimmung, der Partizipation eben, erfahren. Die politische Vereinigung ist für Gerhardt „eine freie Verbindung von freien Bürgern [...], in der sie sich *wechselseitig zu bestimmen* suchen“ (S. 28). Partizipation fußt also in der Selbstbestimmung der Einzelnen. Diesem Grundgedanken geht Gerhardt im Verlauf seiner Studie nach. Er lässt dabei kaum einen Klassiker der politischen Philosophie unerwähnt und schlägt gedankliche Brücken, die manche Rezensenten zu der gereizten Frage veranlasst haben, ob sie es nun



mit einem Hobbesianer, einem Aristoteliker, einem Skeptiker oder einem Optimisten der politischen Theorie zu tun haben (siehe M. Pawlik, FAZ v. 22.01.; H. B. Schmid, NZZ v. 15.03.). Gerhardts Studie bietet jedenfalls eine vielschichtige, kenntnisreiche und ungemein anregende Lektüre. Auch erfährt der Leser, weswegen der Philosoph den Angriff der Amerikaner auf den Irak legitimiert hat: „[N]ur, wo die politische Selbstbestimmung der Personen niemanden ausschließt, so dass von einer Mitbestimmung *aller* Staatsbürger gesprochen werden kann, geht aus der *Partizipation aller die Souveränität des Ganzen* hervor“ (S. 38). Würde das Völkerrecht im Sinne Gerhardts weiterentwickelt, hätten „Schurkenstaaten“ nicht mehr viel zu lachen. Dass der Irakkrieg seinen Ideen Auftrieb verleiht, darf indes bezweifelt werden.

Arnd Küppers

Global Governance

Reder, Michael: *Global Governance. Philosophische Modelle der Weltpolitik*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2006, 277 S., ISBN 978-3-534-20000

Die vorliegende Dissertation des wiss. Mitarbeiters am Institut für Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Philosophie der Jesuiten in München vergleicht fünf unterschiedliche Konzepte von „Global Governance“. Dabei handelt es sich aber nicht wie der Untertitel andeutet, um philosophische Modelle, sondern um zwei Konzepte von Politikwissenschaftlern, eines von einem soziologischen Systemtheoretiker, eines von einem politischen Ökonomen und lediglich eines von einem Philosophen. Allerdings weisen auch die nichtphilosophischen Konzepte philosophische Implikationen auf, z. B. wegen einer expliziten normativen Gestaltungsabsicht. Mit diesen Repräsentanten soll die Spannweite des Global Governance-Diskurses aufgegriffen werden.

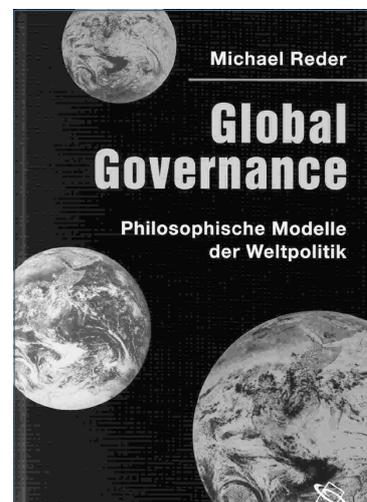
Gegenstand der philosophischen Dissertation ist eine methodische Grundlagenfrage, die auch für die Christliche Sozialethik Bedeutung hat; denn auch diese ist eine interdisziplinär angelegte Wissenschaft: Welche profanwissenschaftlicher Theorien soll sie für ihre normative Reflexion heranziehen, wenn sie ein analytisch komplexes Phänomen wie die Globalisierung bzw. seine politische Gestaltung (global governance) zum Thema macht. Wie trifft man hier eine sachgerechte Auswahl? Weitere methodische Fragen ergeben sich dann, wenn man nicht nur ein einziges Theoriekonzept heranzieht: Können heterogene Konzepte überhaupt miteinander verknüpft werden? Eine weitere Problematik besteht darin, dass die Analyse komplexer Vorgänge wie die der Globalisierung nicht generell, sondern nur hinsichtlich einzelner Aspekte empirisch belegt werden können. Solche Einzelbelege können aber nicht Gesamtheorien bestätigen oder falsifizieren. Hinzu kommt, dass Großtheorien häufig auf eine be-

wusste (normativ begründete) Gestaltung der Globalisierung abzielen. Ein solches normatives Vorverständnis und eine entsprechende Gestaltungsabsicht können sich bereits in der Heuristik der Analyse niederschlagen. Es besteht somit die Gefahr, dass empirisch-analytisch Ergebnisse und normative Absichten nicht hinreichend methodisch reflektiert und unterschieden werden. Solche methodisch bedeutsamen Problemstellungen werden in der anspruchsvollen Dissertation systematisch abgehandelt.

Nach einem weit ausgreifenden philosophiegeschichtlichen Prolog (Cusanus, Schleiermacher, Husserl) und einer Einführung in die „Global Governance“ – Problematik werden als erstes Konzept des Global Governance die Überlegungen der Politikwissenschaftler Dirk Messner/Franz Nuscheler, die am Duisburger Institut für Entwicklung und Frieden entwickelt wurden, behandelt. Beide Autoren wollen globale Regelsysteme und internationale Organisationen weiterentwickeln und stärken. Dabei setzen sie auf Akteure wie Nationalstaaten, Transnationale Organisationen und zivilgesellschaftliche Akteure. Mit Recht warnen sie davor die Repräsentanz und Legitimität von Nicht-Regierungs-Organisationen zu überschätzen.

James Rosenau aus Washington repräsentiert in der Untersuchung den analytischen Zweig der amerikanischen Politikwissenschaft. Er arbeitet besonders die Einschränkung nationaler Handlungsfähigkeiten (z. B. hinsichtlich der Besteuerung) sowie dialektische und gegenläufige Teilprozesse im Prozess der Globalisierung (Abgrenzung und zugleich Integration) heraus. Dafür hat er den Begriff der Fragmentation geprägt.

Der deutsche Soziologie Helmut Willke argumentiert auf der Basis der Luhmann'schen Systemtheorie. Diese sieht gesellschaftliche Prozesse als eisdynamische Prozesse an, die kaum durch individuelles Verhalten von einzelnen Akteuren oder durch politisches



Handeln zu steuern sind. Da das politische System nur eines unter mehreren gesellschaftlichen Systemen ist, kann der Staat im klassischen Verständnis als verantwortlicher Agent für das Gemeinwohl seine Aufgabe einer gesamtgesellschaftlichen Steuerung nicht mehr erfüllen. Globale Steuerungsprobleme (z. B. der internationalen Finanzmärkte) sind eher durch Selbststeuerung der dort Agierenden, z. B. durch Vereinbarungen der Banken oder durch neue Marktakteure (z. B. Ratingagenturen) zu bewältigen als durch staatliche Eingriffe.

Der in London lehrende Volkswirt Meghnad Desai behandelt Globalisierungsprozesse in historischer Perspektive anhand der Theorien zentraler Vertreter der Volkswirtschaftslehre wie Adam Smith, Karl Marx, Joseph Schumpeter, John M. Keynes und Friedrich A. von Hayek. Er empfiehlt Entwicklungsländern wie Indien, sich bewusst in den Globalisierungsprozess zu integrieren. Desai weist mit Hinweis auf das Ende der ersten Globalisierungsperiode 1871–1914 auf ein mögliches Ende des jetzigen Globalisierungsprozesses hin. Eine „Deglobalisierung“ ist im Kontext seines zyklischen Ansatzes möglich.

Der letzte Vertreter ist der Tübinger Philosoph Otfried Höffe, der in seiner an

die Vertragstheorie angelehnten Argumentation Überlegungen von Kant und Rawls aufnimmt. Dies bedingt vor allem den Anspruch einer Verrechtlichung der globalen Ordnung. Höffe entwickelt das Konzept einer föderalen Weltrepublik, wobei seine institutionellen Vorstellungen, z. B. eines Weltparlaments, Analogien zum politischen System der Bundesrepublik darstellen, welches modifiziert auf die globale Ebene übertragen wird. Im Gegensatz zu Systemtheoretikern wie Willke sind „Weltbürgertugenden“ für Höffe eine sinnvolle Kategorie.

Es ist das Verdienst dieser Studie anhand des Vergleichs der verschiedenen Theorien herausgearbeitet zu haben, welche methodischen Anforderungen an ein Konzept der „Global Governance“ zu richten sind, wenn dieses sowohl analytisch fruchtbar globale Entwicklungstendenzen erklären will, als auch in der Lage sein soll, normativ geleitet die politische Gestaltung globaler Regelsysteme und Institutionen zu ermöglichen. Reder weist zutreffend daraufhin, dass es in den einzelnen Theorien vernachlässigte Aspekte gibt wie die Bedeutung von

Religion und Kultur. Nicht alle Konzepte beachten hinreichend Machtasymmetrien und Exklusionsprozesse in der Weltgesellschaft. Problematisch ist, dass der Vfs. dem Konzept von Habermas für die normative Reflexion Relevanz zuerkennt, ist doch dessen anspruchsvolles Demokratiekonzept bereits im nationalen Rahmen nicht realisierbar und noch weniger für globale Fragen tauglich. Die Untersuchung ist sorgfältig gearbeitet, ein Personenregister ist angefügt. Leider fehlt ein Sachregister.

Joachim Wiemeyer

Unternehmensethik

Wieland, Josef u. a.: *Unternehmensethik im Spannungsfeld der Kulturen und Religionen (Globale Solidarität – Schritte zu einer neuen Weltkultur; Bd. 14), herausgegeben von Wallacher, Johannes/Reder, Michael/Karcher, Tobias, Stuttgart: Kohlhammer 2006, 188 S., ISBN 978-3-17-019532-5*

Ein zartes Pflänzchen erblüht seit kurzer Zeit: ein Forschungsprogramm, das durch Etiketten wie „Kulturelle Ökonomie“ (Blümle et al. 2004), „Kulturalistische Unternehmensethik“ (Beschorner et al. 2007), „Kulturvergleichende Institutionenökonomie“ (Leipold 2006) oder „Ökonomische Moralkulturen“ (Schramm 2007) angezeigt wird. Es geht um die Erkenntnis, dass sowohl die institutionellen Programmierungen der nationalen (kapitalistischen) Wirtschaftssysteme (z. B. die US-amerikanische Wirtschaft oder die deutsche „Soziale Marktwirtschaft“ oder der chinesische guanxi-Kapitalismus) als auch die Organisationsstrukturen der Unternehmen nicht im luftleeren Raum schweben, sondern zutiefst durch die jeweiligen Moral- und/oder Religionskulturen geprägt sind. In diesem thematischen Feld bewegt sich auch das vorliegende Buch, das eine Vielzahl unterschiedlicher Autoren und Ansätze vereinigt.

Das Buch bietet eine bunte Reihe von Beiträgen, die aus den 2. „Ludwigsha-

fener Gesprächen“ (2005) hervorgegangen sind. Bekannte (z. B. Josef Wieland oder Georges Enderle) und weniger bekannter Autoren beleuchten diverse Facetten des Themenfeldes: 1. Unternehmensethik in diversen moralkulturellen Kontexten (Deutschland, USA, China, Islam), 2. Konzeptionelle Aspekte der Unternehmensethik (Religion und Politik; Global Governance; Corporate Social Responsibility; Corporate Citizenship), 3. Umsetzung von unternehmerischer Verantwortung (UN Global Compact; Corporate Citizenship bei BASF; Anwendung menschenrechtlicher Standards).

Wie das mit Sammelbänden dieser Art so ist: Eine konzeptionell abschließende Klärung kann man angesichts der Unterschiedlichkeit der Autoren, der Disparitäten des Gegenstandes und der Tatsache, dass es sich um ein erst in jüngerer Zeit aufblühendes Forschungsprogramm handelt, nicht erwarten. Wer aber einen Eindruck bekommen möchte von der Vielfältigkeit und Multidimensionalität einer moralkulturell sensibilisierten Unternehmensethik, der wird in diesem Band fündig. Untergründige oder manifeste Beziehungen zwischen Ökonomie und Kultur werden verdeutlicht, die kulturell erwarteten Verantwortlichkeiten global operierender Unternehmen analysiert und die Implementati-



onsschwierigkeiten und -möglichkeiten ausgeleuchtet.

Das Buch bietet „work in progress“: Es kann als Einstieg und als vorläufige Vertiefung der Thematik dienen, einen konzeptionell einheitlichen Entwurf oder eine abschließende Klärung all der kulturökonomischen Fragen kann man naturgemäß nicht erwarten. Aber das war auch sicher nicht die Absicht der Herausgeber – im Gegenteil: Es geht darum, das Fenster der Diskussionen über die Religionen und Moralkulturen als ökonomische Faktoren weit zu öffnen.

Michael Schramm